

„Parteipresse.“ wegen Behinderung Auer's und Bebel's in der 25. er Kommission, einstweilen zurückgestellt ist,  
Punkt 8:

### Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts.

Berichterstatler Klop-Stuttgart: Obgleich die Stellung der Partei oder wenigstens der einzelnen Parteigenossen, wiederholt in Wort und Schrift zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht worden ist, dürfte es doch zweckmäßig sein, einmal auf dem Parteitag dazu Stellung zu nehmen, um nicht immerfort Verdächtigungen ausgefesselt zu sein. Es wird sich wohl zunächst darum handeln, ob Streiks und Boykotts überhaupt berechtigt sind, und dazu werden wir einen kurzen Blick auf die gewerblichen Verhältnisse werfen müssen, um zu sehen, ob Streiks und Boykotts durch die Natur unserer Produktion herausgefordert werden, also berechtigt sind, oder ob unsere Arbeiter sich bloß einbilden, ohne Streiks nicht fertig zu werden, ob die Streiks wirklich häufig bloß das Werk von Hezern sind.

Unter den heutigen Produktions- und Erwerbsverhältnissen steht der Arbeitsvertrag, der ja das Gleiche sein soll wie ein Kaufvertrag, diesem garnicht gleich. Bei jedem Kaufvertrag bestimmt der Eine die Waare, sei es an Werth oder an Qualität, und der Andere, der diese Waare verkauft oder abgeben will, bestimmt den Preis dafür. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und in dem and dem Quantum, werde aber nur diesen oder jenen Preis zahlen, sondern der Verkäufer wird den Preis feststellen, und der Käufer wird um diesen Preis, wenn er mit der Waare einverstanden ist, sie kaufen.

Wie ganz anders beim Arbeitsvertrag! Auch hier ist der Arbeiter der Verkäufer der Waare Arbeitskraft, der Unternehmer der Käufer derselben. Da wäre es doch ganz gerechtfertigt, wenn der Arbeiter, der dem Unternehmer die Waare Arbeitskraft nach dessen Anforderungen stellen muß, auch von diesem den entsprechenden Preis würde verlangen können. Aber so ist es in unseren Erwerbsverhältnissen nicht. Die Unternehmer maßen sich an, nicht nur die Arbeit nach Quantität und Qualität zu bestimmen, sondern auch den Preis festzusetzen, unbekümmert darum, ob der Verkäufer damit einverstanden ist und bei diesem einseitigen Vertrage seine Rechnung findet.

In jedem halbwegs gesunden Gesellschaftsverhältnis bestreitet die Gesellschaft den Unterhalt aller ihrer Glieder und muß ihn bestreiten; andererseits aber stellen alle Glieder ihre Arbeitskraft dieser Gesellschaft zur Verfügung, damit sie alle diese Glieder erhalten kann. Das heutige ist mit diesem gesunden Gesellschaftsverhältnis nicht in Einklang zu bringen, weil die heutige Gesellschaft unter

der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht die Verpflichtung übernimmt, für alle ihre Glieder zu sorgen, sie alle zu erhalten; denn übernehme sie diese, dann würde sie nicht etwa nur die arbeitskräftigen Glieder erhalten, sondern im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft liegt es auch, neue heranbilden, sie wird für ausreichenden Unterhalt auch der Kinder sorgen müssen. Dem ist eben nicht so in der heutigen Gesellschaft. Stellen wir die Arbeit des Einzelnen, als Leistung für die Gesellschaft, dem Lohn oder Unterhalt, als Leistung der Gesellschaft an den Arbeiter, gegenüber, so müßten von diesem Lohne soviel Glieder der Gesellschaft erhalten werden können, als auf jedes einzelne arbeitskräftige Glied entfallen. In unserer heutigen Produktion giebt es aber nur sehr wenig Arbeiter, die sagen können, daß sie mit ihrem Lohn sich, ihre Frau und ihre Kinder ernähren können, und daß weiter der Lohn noch ausreicht, um anderen moralischen Verpflichtungen der Gesellschaft zu entsprechen, nämlich diejenigen, welche im Dienste der Gesellschaft ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, Greise und Invaliden, erhalten zu können. Der Lohn reicht in den meisten Fällen nicht entfernt dazu aus.

Sind nun Einrichtungen getroffen, welche den Ausfall an Lohn ersetzen können? Vergeblich blicken wir uns danach um. Keine Einrichtung tritt in Thätigkeit, wenn der Arbeiter mit seinem Lohn nicht die ganze Familie ernähren kann. In letzter Zeit ist allerdings eine Einrichtung getroffen, welche gewissermaßen der moralischen Verpflichtung der Gesellschaft entsprechen sollte, die „große“ Sozialreform des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Hier hatte ja der Staat die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Veteranen der Arbeit noch existiren können; aber ein Blick auf die Höhe der Rente, welche diesen Invaliden und Veteranen gezahlt wird, lehrt uns zugleich die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung kennen.

Woher kommt es denn, daß die Löhne so gering, so unzureichend sind? Einfach daher, daß der Unternehmer zwar der Repräsentant der Gesellschaft ist, insofern er uns unsere Arbeitskraft abnimmt, aber nicht insofern, daß er die Leistung der Gesellschaft, entsprechend der Verpflichtung derselben, uns gegenüber erfüllt; er ist in dieser Hinsicht nicht der Repräsentant der Gesellschaft, sondern nur seines Geldbeutels; er zahlt einfach den Lohn, den er unter den jeweiligen Verhältnissen zu zahlen gezwungen ist. Jeder Unternehmer weiß ja, wenn er eine Maschine in Dienst stellt, daß er erst Kapital daran zu geben hat, daß er die Maschine kaufen, sie richtig bedienen, den Dampfkessel mit Feuer und Wasser speisen muß; es ist ihm so klar, wie daß  $2 \times 2 = 4$  ist, daß, wenn er die Maschine nicht gehörig mit Dampf versorgt, er auch die vorausgesetzte Leistung nicht von ihr erwarten kann. Wie ganz verschieden aber sieht es mit dem Arbeitsmittel Mensch aus! Wenn

der Unternehmer ganz genau weiß, was er der maschinellen Arbeitskraft schuldig ist, der menschlichen Arbeitskraft gegenüber weiß er es allem Anschein nach nicht. Es dürfte uns schwerlich schon ein Unternehmer zu Gesicht gekommen sein, der am Freitag früh seinen Arbeiter fragt: Hast Du noch das nötige Geld für heute Abend zum Nachtessen für Dich und die Deinen? der da fragt: Hast Du noch genug, um eine gesunde Wohnung mieten zu können, damit Eure Gesundheit erhalten bleibt? Er kümmert sich um alles das garnicht; er baut den Pferden noble Ställe, ob aber der Arbeiter eine gesunde Wohnung hat, danach fragt er nicht. Das Pferd repräsentiert für ihn einen Kapitalwerth, die menschliche Arbeit nicht, weil diese sich jeden Augenblick auf der Straße findet. Und auch mit dem Unterhalt dieser Arbeitskraft geht er nicht vor wie mit dem der thierischen oder maschinellen; er zahlt nicht, was notwendig ist, um sie zu erhalten und neue heranzubilden, sondern nur, was er nach der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes zahlen muß. Aber damit nicht genug; er geht auch ganz einseitig vor, wenn ihm der Lohn einmal zu hoch erscheint, oder wenn der Reisende, den er ausgesandt hat nach neuen Bestellungen, ihm schreibt: ich kann um den Preis nicht absehen, der Preis muß zurückgesetzt werden. Da wird denn in allererster Linie am Lohn des Arbeiters abgezackt, einfach eine Lohnreduktion dekretirt, gleichviel, ob der Arbeiter einverstanden ist oder nicht. Oder wenn gewisse Einrichtungen dem Unternehmer nicht mehr passen, dann fragt er nicht lange, er läßt einfach eine Beschränkung des Arbeitsvertrages eintreten, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit oder dergl. Heute wird der Arbeiter nicht gefragt, er ist nicht der andere Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages.

Wenn nun aber die Verhältnisse sich so verschlimmert haben, daß der Arbeiter mit seinem Lohn absolut nicht mehr auskommen kann, wenn er bei den Einrichtungen der Werkstatt sein Leben gefährdet sieht, wenn der Unternehmer alles das schweigend an sich vorübergehen läßt, was bleibt dem Arbeiter übrig, als dann durch den Zwang des Streiks auf den Unternehmer einzuwirken, um besseren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen? Wenn eine Lohnreduktion angekündigt wird, sieht sich der Arbeiter gezwungen, das alte Verhältniß zu erhalten zu suchen, indem er die Arbeit unter dem neuen Verhältniß verweigert. Hier tritt der Abwehrestreik ein, den Jedermann als voll und ganz berechtigt wird anerkennen müssen.

Wenn ferner die Verhältnisse durch irgend welche Vorkommnisse sich verschlechtern, wenn z. B. durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel vertheuert werden, wenn durch Viehsperren das Fleisch vertheuert wird, sodaß, entsprechend dieser Vertheuerung, die Lebenshaltung zurückgeschraubt werden müßte, wer wollte es dann

H

dem Arbeiter verargen, daß er durch Erlangung höheren Lohns seine Lage in etwas zu verbessern sucht? Die gegnerische Presse empfiehlt uns ja das Sparen, jederzeit sind Sparapostel aller Art aufgetreten: wir sollen uns nach der Decke strecken. Den Unsim, der thatsächlich in diesem Rathe liegt, scheinen die Leute gar nicht einzusehen. Sie sagen uns „wir haben vor 20 Jahren viel billiger gearbeitet mit längerer Arbeitszeit.“ nehmen sich aber nicht die Mühe, zu vergleichen, zwischen der damaligen und der jetzigen Zeit. Sie empfehlen uns das Sparen, denn „wir haben zu große Bedürfnisse und können folglich mit dem uns gewährten Lohne nicht auskommen.“ Darin liegt eine vollständige Verfenennung unserer heutigen Produktionsverhältnisse. Man hat uns nicht nur den Italiener als Muster der Sparsamkeit und Bedürfnislosigkeit anempfohlen, man hat uns sogar den Kuli als Muster hinstellen wollen. Die Nationalökonomien, die darin die Lösung der sozialen Frage suchen, beweisen dadurch, daß sie thatsächlich vor unseren wirtschaftlichen Verhältnissen auch nicht das Mindeste verstehen, sonst würden sie wissen, daß unsere gesammte Produktion auf Massenkonsum und auf Bedürfnisreichthum basirt; wollten wir zu der anempfohlenen Bedürfnislosigkeit zurückkehren, dann würde die Gesellschaft in kürzester Zeit in sich zusammenbrechen, weil die ganze kapitalistische Produktion nicht mehr gerechtfertigt wäre. Unter solchen Umständen ist jener Rathschlag geradezu ein Hohn auf die heutigen Verhältnisse und die Lebenshaltung des Arbeiters: es ist daran etwa ebensoviel richtig, als wenn man einem 20 jährigen Menschen empfehlen wollte, sich unter der Decke zu strecken, die vielleicht vor 10 Jahren seiner Länge angepaßt war; er wird sich nicht strecken können unter dieser Decke, sondern im höchsten Fall sich darunter zusammenkauern, aber niemals sich darunter behaglich fühlen. Deshalb ist es richtiger, wenn sie diese ihre Decke der Körperlänge entsprechend machen. Das aber beabsichtigen gerade die Arbeiter, indem sie höheren Lohn verlangen, um ihre Lohndecke entsprechend einrichten zu können.

Wenn nun aber die Vorstellungen der Arbeiter, daß der Lohn nicht ausreicht, daß die Werkstatt ungesund ist, daß die Ventilation gar nicht oder nur mangelhaft vorhanden ist, somit Gesundheit und Leben des Arbeiters untergraben wird, nichts fruchten, wenn der Unternehmer sich entschieden weigert, ihnen Gehör zu geben, was bleibt dem Arbeiter übrig, als wiederum sein Heil darin zu suchen, daß er sich mit seinen Berufsgenossen vereinigt, um bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen? Nicht nur der Abwehrestreik, auch der Angriffstreik ist prinzipiell ganz entschieden berechtigt.

Ebenso steht es mit den Boycotts. Wenn die Arbeiter sich in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte beeinträchtigt fühlen

144

durch eine Clique von Unternehmern, vielleicht unter Mitwirkung von Behörden, durch Lokaltreibung u. dergl. daran behindert werden, ihre Interessen zu berathen und darüber zu beschließen, was bleibt ihnen anders übrig, als zur Abhilfe die Ausübung eines Gegen-drucks zu versuchen? Wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten ist, bei den Wahlen zusammenzukommen, um die Wahlangelegenheiten besprechen zu können, so werden sie dadurch eben in ihren bürgerlichen Rechten beschränkt. Auch da sind die Boycotts prinzipiell berechtigt.

Doch ich will mich dabei nicht aufhalten. Die Genossen aus Berlin, welche ganz speziell damit zu thun hatten, werden in der Diskussion darüber nähere Auskunft geben können.

Wir haben es aber nicht allein mit der prinzipiellen Seite der Frage zu thun, sondern auch mit der taktischen. Diese mit in Betracht zu ziehen, veranlaßt uns ganz besonders das Ueberhandnehmen der Streiks während der letzten Jahre. Da wurden Streiks über Streiks inscenirt, haben aber in der großen Mehrzahl einen unglücklichen Ausgang genommen. Es ist von den Genossen längst darauf hingewiesen, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, leicht denjenigen verlesen kann, der sich damit vertheidigen wollte. So wird es bei allen Streiks der Fall sein, wo seitens der Arbeiter nicht für die Vorbedingungen gesorgt ist, die einen glücklichen Ausgang in sichere Aussicht stellen. Mit den Streiks wird gar oft Mißbrauch getrieben. Während der letzten Jahre hat die Zahl der Streiks ganz bedeutend zugenommen. Eine zuverlässigere Mittheilung über die Zahl der Streiks kann ich leider nicht geben, dazu ist das mir zugegangene Material zu gering. Aber aus den mir gewordenen Mittheilungen ging nur allzudeutlich hervor, daß die Streiks während der letzten Jahre in weitaus den meisten Fällen ihren Zweck verfehlt haben. Die Gründe dafür waren starker Zuzug, Indifferentismus der Kollegen, die nicht genügend in die Verhältnisse eingeweiht waren, um ihn standhaft auszuhalten zu können, und vor allem Mangel an Unterstützung. Allein unter den Tischlern Deutschlands haben sich die Arbeiter in ca. 40 Orten Deutschlands geregt, um Lohnbewegungen zu insceniren, und nur durch die Organisation ist es gelungen, zu erreichen, daß die Streiks in den meisten Orten unterblieben, während einige, indem sie sich mit geringen Konzessionen begnügten, auch ohne Streik einigen Vortheil erzielt haben. Aber das in vielen Fällen exzellente Resultat ist später durch ungenügende Organisation, mangelhafte Schulung oder große Indifferenz, Vergessen der Thatsache, daß die Erfolge nur der Solidarität der Gesamtheit zu verdanken waren, wieder in Frage gestellt oder gänzlich verloren worden.

Wie ist nun dem Ueberhandnehmen, dem unvorsichtigen Insceniren von Streiks entgegenzutreten? Die vielen Streiks der

letzten Jahre, inscenirt von Arbeitern, die gar nicht oder erst kurze Zeit organisiert waren oder sich erst organisiren wollten, sind gewissermaßen einem Erwachen aus dem Schlafe zu vergleichen, wo der Erwachende sich im Augenblick nicht klar in die wirklichen Verhältnisse hineinversetzen kann; der Arbeiter fühlt das Unbehagen, weiß ihm nicht wirksam entgegenzutreten, und glaubt mit einem Male die Sache durch den Streik bessern zu können. Er weiß nicht, daß ein Schlag nicht genügt, um die Verhältnisse dauernd zu bessern. Die Arbeiter haben so lange in Indifferentismus dahingelebt, sich der Organisation fern gehalten, und erst als sie vielleicht statistisch aufgeklärt wurden oder ein Redner in ihre Kreise drang, der sie durch das lebendige Wort über ihre Lage aufklärte, erwarnten sie aus dem Schlummer und glaubten nun, nichts Besseres thun zu können, als zu streiken. Dieses unvorbereitete Vorgehen ist die Hauptursache des mißglückten Verlaufs der meisten Streiks; man besand sich in Unkenntniß der Verhältnisse und war nicht im Stande, die Geschäftslage richtig zu beurtheilen.

Weiter darf ich den Hinweis darauf nicht unterlassen, daß auch das Verhalten der Behörden gegenüber den Streikenden allzu oft ein sehr großer Hemmschuh war, daß dadurch die Organisation verhindert wurde, ihre ganze Kraft zu entfalten, daß aber den Organisationen der Unternehmer Schutz und Hilfe in Aussicht gestellt oder zu Theil wurde. Bei den verschiedenen Streiks, vor zwei Jahren in Magdeburg und an anderen Orten, haben die Unternehmer sofort schwarze Listen angefertigt, um die daran beteiligten Arbeiter zu kennzeichnen. In diesen schwarzen Listen hat sich keine Behörde gestoßen, kein Staatsanwalt hat sich veranlaßt gesehen, dagegen einzuschreiten; als aber die Arbeiter in den Zeitungen vor diesem oder jenem Geschäft warnten, da fanden die Behörden darin sofort einen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Denken wir ferner an die Vorkommnisse in Hamburg vor drei Jahren und in diesem Jahre. Als 1887 die Tischler in Hamburg streikten, faßte der den Streik leitende Tischlerverein den Beschluß, daß kein Vereinsmitglied bei einem Innungsmeister in Arbeit treten dürfe. Was war die Folge? Die Behörde erblickte in dem Beschluß eine Gefährdung der Innungen, einer staatlich anerkannten Institution. Als aber in diesem Jahre die Unternehmer in Hamburg beschlossen, in ihren Branchen keinen Arbeiter einzustellen, der der fachgewerblichen Organisation angehört, fand sich weder Polizei noch Staatsanwalt, welche hierin einen Verstoß gegen § 153 in dem Sinne erblickten, daß dadurch staatlich anerkannte Institutionen, wie es die Fachvereine auf Grund des § 152 thatsächlich sind, in ihrem Bestehen gehindert wurden. Man ging noch weiter, man hat die Kassirer dieser Organisationen verhaftet, die Kassen beschlagnahmt, diese Leute gleich Verbrechern mit Nummern auf der Brust photo-

H

H

graphiren lassen. (Aufe: Psi!) Später stellte sich natürlich heraus, daß man diesen Verhafteten gesetzwidrige Handlungen nicht nachweisen konnte, daß man also Leute, die im vollen Recht waren, einfach mit Gewalt lahm zu legen versucht hatte. Diese Behandlung der Streikenden dürfte zum unglücklichen Ausgang vieler Streiks mit beigetragen haben. Aber noch manches Andere hat mitgewirkt. Vor einigen Monaten fanden wir in jedem Gewerkschaftsblatt regelmäßig wiederholte Warnungen vor Zugang nach gewissen Orten, oft waren nicht weniger als 20, und darunter ganz bedeutende Orte aufgeführt. Waren nun in drei, vier, sechs Orten gleichzeitig Streiks inszenirt, so suchten natürlich überall die jungen Leute, um die Streikkasse zu entlasten, anderswo unterzukommen; irgendwo mußten sie doch unterkommen, und es war ihnen oft nicht möglich, an all' den Orten vorüberzugehen, wo die Arbeiter ebenfalls im Kampfe lagen: sie traten in Arbeit, und die Klagen lauten denn auch übereinstimmend dahin, daß der Zugang zu stark war und deswegen die Streiks nicht durchgeführt werden konnten.

Aber wenn auch diese Streiks zum Theil unglücklich verliefen, weil sie unverständiger Weise inszenirt waren, so sind sie deswegen keineswegs absolut verwerflich; im Gegenteil, haben wir sie im Prinzip anerkannt, und der Mißerfolg kann daran nichts ändern. Wesentlich geändert muß aber die Taktik werden. Diese Frage geht auch den Kongreß an.

Seit Jahren ist es in einzelnen Kreisen der Parteigenossen leider gar zu sehr üblich gewesen, über die Fachorganisationen sich weit erhoben zu fühlen. Manche haben die fachgewerbliche Bewegung geradezu als Humbug hingestellt, und gerade durch dieses Ignoriren der Fachvereinsbewegung ist das Wachstum der Partei sehr aufgehalten worden; die Partei wäre heute ungleich stärker, wenn die Genossen auch für die fachgewerbliche Bewegung durch Erklärung der wirtschaftlichen Fragen und dergleichen vor den Mitglieðern der Fachvereine thätig gewesen wären und sie uns dadurch näher gebracht hätten. Müßen die Genossen zurückdenken; viele von ihnen sind erst durch diese fachgewerbliche Bewegung zu politischen Anschauungen gekommen. (Sehr wahr!) Wäre das geschehen, wir hätten schon 1887 mit einer viel größeren Stimmenzahl rechnen können. Ebenso bestimmt aber glaube ich, daß unsere diesmalige große Stimmenzahl zum guten Theil der fachgewerblichen Agitation zuschreiben ist, die ganz bedeutend an Boden gewonnen, in immer weitere Arbeiterkreise das Klassenbewußtsein getragen hat. (Sehr gut!) Deshalb müssen wir uns hier schlüssig machen, ob wir nach wie vor der fachgewerblichen Organisation gegenüber uns passiv verhalten wollen oder ob wir uns nicht vielmehr der Nothwendigkeit klar bewußt werden wollen, daß wir dafür zu sorgen haben, daß die große Masse der Arbeiter sich erst organisiert, um dann

H

nach genügender Vorbereitung mit Streiks und Boycotts auch wirksam und ohne Besorgniß vor Verlusten vorgehen zu können.

Soll nun der lokalen oder der zentralen Organisation der Borzug gegeben werden? Gegen die letztere ist hervorgehoben worden, daß sie, da sie keine Politik treiben dürfe, der Verflumpung anheimfallen müsse. Es dürfte aber in Wirklichkeit kaum so werden, wenn die Genossen es nur verhindern wollen. So lange lehnte sich den Organisationen fernhalten, so lange dort nur Leute sind, die lernen wollen, aber keine Lehrer finden, so lange liegt die Gefahr der Verflachung nahe, wenn aber die Genossen, die das politische Prinzip anerkennen und hochhalten, sich ihnen anschließen, dann wird davon keine Rede sein, dann werden sie ihren Zweck voll und ganz erfüllen, ohne Politik zu treiben. Andererseits sagt man, die Lokalorganisationen dürften Politik treiben, darum sind sie an sich vorzuziehen. Aber sie werden mit Argusaugen bewacht, wir haben ja den Herrschlichen Erlaß kennen gelernt, der geringste Fehltritt würde sie zur Auflösung führen. Thatsächlich wurden in Erfurt 3 Lokalorganisationen unter Anklage gestellt, in Verbindung getreten zu sein, weil sie eine gemeinsame Herberge errichtet haben; ein solches Vorgehen ist nicht zu billigen, weil es nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben kann. — Also auch diese Organisationen werden keineswegs in der gewünschten Weise vorgehen können, namentlich nicht auf dem Gebiete der politischen Angelegenheiten.

Der Zweck der Organisation ist, Aufklärung in die Reihen der Arbeiter zu bringen, und der Zweck wird im Wesentlichen durch die Agitation erreicht. Als beste Agitationsform empfiehlt sich also die zentrale Organisation. Die lokale Organisation hat kein Interesse daran, daß in der Schwester- oder Nachbarschaft eine ähnliche Organisation besteht, weil sie mit ihr nicht in Verbindung treten kann, bezw. darf; die zentrale aber, die z. B. in Hannover als Zahlstelle existirt, hat ebensoviel Interesse daran, in Königsberg, Kassel oder München eine Zahlstelle entstehen zu sehen. Solche zentrale Organisation kann auch viel leichter Opfer bringen für die Agitation.

Nun haben ja auch diese Organisationen sehr viel mit behördlichen Maßnahmen zu kämpfen gehabt. Zunächst suchte man sie als politisch zu erklären, um sie dann verbieten zu können. Dieser Anschlag ist nur in vereinzelten Fällen gelungen, wo die Organisation am Orte selbst die nöthigen Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen hatte. Aber auch sonst ist ihnen das Leben recht sauer gemacht worden; es wurde alles aufgeboten, sie als Versicherungsgesellschaften darzustellen, zuerst in Barmen, dann in Frankfurt und Berlin, bis das Oberverwaltungsgericht diesem Versuch einen Riegel verschoß. Aber das wirkte nicht lange; unbekümmert um dieses Urtheil hat man nachher wieder in Magdeburg, Berlin und anderen Orten die Vereinszahlstellen unter An-

H

klage gestellt, Versicherungsgesellschaften zu sein, und erst neuerdings ist noch eine in Erfurt erhobene Anklage vom Kammergericht in Berlin zurückgewiesen worden.

Alles in Allem wiederhole ich, die Genossen sollten die fachgewerblichen Organisationen nach Kräften unterstützen, da sie unbedingt einsehen müssen, daß diese die Sache der Arbeiter nur fördern können. Ein Beispiel aus Stuttgart. Dort bestand 1883 eine lokale Organisation von ca. 500 Mitgliedern; sie erhielt sich trotz der Ausperrung von 1888 auf ziemlich hohem Stand, bis 1885/86 einige Parteigenossen von lokalem Einfluß einfach erklärten, diese Bewegung sei für sie ein überwundener Standpunkt. Die Arbeiter in den großen Werkstätten Stuttgarts, die auf die Sozialdemokraten unter den Vereinskollegen ihr Hauptaugenmerk zu richten gemohnt waren, wollten nun auch nichts mehr davon wissen, und so schmolz der Bestand auf 120 bis 130 zusammen. Erst seit die Genossen eingesehen haben, daß sie im Unrecht waren, ist die Organisation wieder erstarkt und rechnet jetzt nicht mehr mit 120, sondern mit 900 bis 1000; das haben wir lediglich der Unterstützung der Genossen zu danken, die endlich den Bann abgeschüttelt und erkannt haben, daß durch ihr früheres Verhalten auch die Parteiinteressen geschädigt waren. Denn die aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschiedenen waren auch für die Parteibewegung verloren. Ist Einer ein gutes Fachvereinsmitglied geworden, so müßte es auch kurios zugehen, wenn seine eigene Vernunft ihn nicht in die Reihen der Sozialdemokratie überführte, welche für seine bürgerlichen wie wirtschaftlichen Rechte gleichmäßig eintritt. Dann aber, wenn wir diese Organisationen kräftigen und fördern, wird auch bald dem Uebelstande abgeholfen sein, daß die Streiks als eine so gefährliche Waffe betrachtet werden müssen; denn dann werden die Streiks, wenn sie überhaupt unvermeidlich sind, von ganz anderem Erfolge begleitet sein.

Bis jetzt ist noch auf keinem Parteitage darüber Beschluß gefaßt, noch niemals zur Frage der fachgewerblichen Organisation Stellung genommen worden. Wir hier, auf dem ersten Parteitag nach dem Falle des Sozialistengesetzes, sollten dies nachholen, damit die Genossen allerwärts wissen, wie die höchste Instanz unserer Partei sich zu dieser Frage verhält. Ich erlaube mir daher, Ihnen im Verein mit Grillenberger folgende Resolution vorzuschlagen:

Der Parteitag erklärt:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen,

H

dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Macht der Zahl, wie die Macht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.

Ich empfehle Ihnen diese Resolution zur einstimmigen Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Ein inzwischen eingegangener Antrag von Horn-Vöbtau, Heppner und Frauenlob, wonach für alle aus Streiks und Boykotts hervorgegangene Prozesse Rechtsschutz durch Bestellung von Rechtsanwältinnen aus den Mitteln der Parteikasse gewährt werden soll, findet nicht die genügende Unterstützung.

In der Diskussion erhält zuerst das Wort

Bock-Gotha: Das Referat meines Freundes Kloss wird jedenfalls dazu beigetragen haben, jenen Theil der hier vertretenen Genossen, welche bisher dieser Richtung feindlich gesonnen waren, vielleicht etwas umzustimmen. Man macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie nicht so voll und ganz für die Partei ausgenutzt werden können, wie man es wünscht. Damit schüttet man aber das Kind mit dem Bade aus. Ich stehe seit 20 Jahren in der Bewegung und muß meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß unter dem Sozialistengesetz dort, wo der Kampf sich ausschließlich auf das politische Gebiet konzentrirte, diese Auffassung einige Berechtigung hatte; aber nachdem jenes gefallen ist, werden die Genossen,

H

welche in dieser Bewegung einen Rückschritt sahen oder ihr direkt feindselig entgegenzutreten, sich anders stellen.

Mit Recht hat der Referent ausgeführt, daß er sich nicht vorstellen kann, daß ein guter Gewerkschafter nicht auch zugleich ein guter Parteigenosse sein können. Unsere älteren Genossen an der Spitze haben sich sehr oft im günstigsten Sinne über die Bewegung ausgesprochen. Wenn irgend etwas, so muß doch schon der Umstand die Andern überzeugen, daß die Regierungen zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung und uns in der Bekämpfung gar keinen Unterschied gemacht haben. (Sehr richtig!) Die Regierung weiß sehr wohl, inwieweit die gewerkschaftliche Bewegung der politischen von Vortheil ist. Ich halte es nun überhaupt für verfehlt, daß man den Gewerkschaften einen ausgeprägt bestimmten politischen Charakter giebt. Wir haben gestern so beredt auseinandergehenden hören, daß eine antireligiöse Agitation derart nachtheilig sein kann, daß wir einem großen Theil der Bevölkerung damit vor den Kopf stoßen. Ganz genau daselbe ist auch hier der Fall. Wenn wir von jedem Arbeiter verlangen, daß er in der gewerkschaftlichen Organisation zugleich der sozialdemokratischen oder überhaupt einer bestimmten politischen Richtung angehöre, dann verkennt die gewerkschaftliche Bewegung vollständig ihren Zweck, denn die Leute kommen nicht als Sozialdemokraten in die Gewerkschaft, sondern als Arbeiter. Wenn die Gegner der Bewegung meinen, daß die Gewerkschaften durch Leisetreterei versimpeln, daß sie am Gange der Arbeiterbewegung nichts bessern würden, so übersehen Jene, daß, obwohl die Gewerkschaften keine Politik treiben dürfen, noch keine Generalversammlung, kein Kongreß, keine Zahlstelle gefunden werden konnte, wo nicht zielbewußte Arbeiter an der Leitung theilhaftig gewesen wären. Versumpfen sie, dann ist es nicht Schuld der Arbeiter, sondern unsere Schuld. Auf dem Gebiete der Fachpresse ist der Versumpfung vorgebeugt; in diesem Punkt steht unsere deutsche gewerkschaftliche Bewegung allen anderen Ländern weit voran. Sie finden in dieser Presse nationalökonomische Aufklärung in jeder Beziehung, und da sie als selbstständige Unternehmung neben den Gewerkschaften steht, so kann von Versumpfung wohl nicht die Rede sein. — Wollen wir die Gewerkschaftsbewegung pflegen, dann müssen wir nicht nur die zielbewußten Arbeiter an uns ketten wollen, sondern gerade an die große Masse der Indifferenten herangehen, und die bekommen wir nur dann, wenn wir den Gewerkschaften nicht einen ausgesprochen politischen Charakter verleihen. Die Leute politisch aufzuklären, ist Sache der politischen Partei; in den Gewerkschaften soll man sie widerstandsfähig machen gegen das Kapital, gegen das Unternehmertum. Das letzte Jahr hat den verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland großartige Kämpfe gebracht, und damit ist auch zugleich die gewerkschaftliche

H

Organisation riesenhaft gewachsen. Meine Gewerkschaft ist von 3000 Mann auf 15 000 Mann in einem Jahre gestiegen, und gerade diese Parias mit ihrer längsten Arbeitszeit und dem kümmerlichsten Lohn sind durch die Gewerkschaftsorganisation befähigt worden, eine große Anzahl Kämpfe siegreich durchzuführen. — Der Referent führte aus, es liege im Interesse der Bewegung, nutzlose Streiks möglichst zu verhüten. Dafür giebt es kein besseres Mittel, als eine kräftige, gut organisirte Gewerkschaft. So lange die Arbeiter in einzelnen kleinen Verbänden zusammenfinden, ohne Fühlung mit der Gesamtheit, nicht genügend diszipliniert, so lange werden derartige kleine Streiks jederzeit wiederkehren und die Arbeiter werden ihre Opfer nutzlos vergeuden; eine irrationale Organisation aber verbürgt, daß nur da gestreikt wird, wo Aussicht auf Erfolg vorliegt. Wo sind denn die englischen Gewerkschaften hingekommen? Sie selbst werfen jetzt den bisherigen Apparat über Bord und erklären, daß dem Arbeiter nur auf dem politischen Gebiete geholfen werden kann. Bis dahin ist doch noch ein weiter Schritt. (Stoße.) Es thut mir leid, abbrechen zu müssen. Wenn in der Zukunft etwas Praktisches geleistet werden soll, dann muß das Streben der gesamten Arbeiterschaft zielbewußt darauf gerichtet sein, die untersten Schichten und Branchen emporzuheben, da anzufangen, wo die Masse in Elend und Noth versumpft, wo bisher weder politisch, noch gewerkschaftlich etwas gethan wurde. (Beifall.)

Lenz-Kemseid: Betrachten wir die Berliner Streiks. Der Maurerstreik hatte den Zweck, den Stundenlohn von 60 auf 70, womöglich auf 75 Pfennige zu bringen. Die jungen Leute reifen ab, helfen in der Provinz und drücken da den niedrigen Lohn von 20 bis 30 Pfennig noch weiter herunter. Gerade dadurch, daß die Forderungen theilweise in's Unvernünftige hoch hinaufgeschraubt werden, wird unsere Partei ganz entschieden geschädigt. Die Streiks der Baubranchen in Berlin und Hamburg sind zum Schaden der Betreffenden und auch zum Schaden der ganzen Partei ausgeschlagen. Ich bitte Sie daher, alles einzusehen, um diese theilweise leichtfertig, wenn auch nicht gerade trivial angezehtelten Streiks zu verhüten.

Horn-Dresden Land: Was mein Freund aus Kemseid eben angeführt hat, kann keinesfalls die Billigung des größeren Theils der Delegirten finden, weil in Berlin und Hamburg mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen ist, als auf dem platten Lande. Wenn es sich um die Erringung höheren Lohnes handelt, ist doch zunächst zu berücksichtigen, ob der bisher bestandene Lohnsatz auch ausreicht für die Bedürfnisse der am Orte vorhandenen Arbeiter oder Gewerkschaftsmitglieder. Es giebt Gegenden, wo die Leute sich mit einem Stundenlohn von 30 Pf. nur gerade so knapp behelfen müssen, wie in Berlin oder Hamburg mit 60 Pf. — Mit

H

der Fassung der Resolution bin ich im Großen und Ganzen einverstanden. Wenn ich die bisherigen Kämpfe berücksichtige, muß ich aber auch dazu kommen, diesen Bestrebungen die möglichste Unterstützung nach jeder Richtung angedeihen zu lassen. Wo das Verlangen nach Besserung der Lage der Arbeiter in den Gewerkschaften von uns als berechtigt anerkannt wird, sollte auch aus Parteifonds Hilfe geleistet werden, und dahin zielt mein Antrag, der allerdings vorhin leider nicht die genügende Unterstützung fand. Ein berechtigter Kern liegt aber doch darin.

Mollenbuhr-Altona: Ob wir ein Recht haben, Streiks und Boykotts anzuwenden, über diese Frage sind wir längst hinweg. An und für sich sind die Streiks nach meiner Meinung viel weniger abhängig vom Willen derer, welche daran beteiligt waren, als von den Verhältnissen, wie sie sich einmal entwickeln. Hier aber kommt die Frage in Anregung, wie leichtfertige Streiks verhindert werden können. Darüber zu entscheiden, sind auch wir hier absolut nicht in der Lage, denn die Höhe der Forderungen, welche gestellt werden können, läßt sich doch von solchen, welche dem ganzen Streik fern standen, viel weniger beurtheilen, als von Jenen, die direkt im Kampfe stehen. Im Ganzen ist doch das Streben der Arbeitgeber immer darauf gerichtet, die Waare Arbeitskraft so billig wie möglich zu erhalten; die Arbeiter dagegen streben, sie so theuer wie möglich zu verkaufen. Daß die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften absolut notwendig ist, darüber kann es ebenfalls keinen Streit mehr geben; in der Zeit der kapitalistischen Produktionsweise sind die Gewerkschaften gerade so notwendig, wie die Zünfte im Mittelalter.

Den Boykott will ich als politisches Kampfmittel für durchaus gerechtfertigt erachten, wenn es die Eroberung von Lokalen für Versammlungen und dergl. gilt; wenn er aber dazu dienen soll, irgend Jemand, irgend eine Gesellschaft, die vielleicht von den Arbeitern materiell abhängig ist, zu zwingen, daß sie Sozialismus heuchele, das kann ich nicht billigen, das sollte uns völlig fern bleiben. Ebenso liegt es mit der politischen Gewerkschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen zentralisiert dem Kapital gegenüberstehen, damit sie als Macht sich dem Kapital gegenüber schützen können; da soll man nicht vorher von dem Einzelnen ein politisches Glaubensbekenntniß verlangen. Das würde nur zur Zerspaltung führen, wie bei den Hirsch-Duncker'schen. Da sind Sozialdemokraten ausgeschlossen, sie wollen nur Freisinnige haben. Würden wir alle Nichtsozialisten ausschließen, dann würden wir damit mit einem Male den ganzen Arbeiterstand in so und soviel Gruppen spalten; das Gegenheil des Gewollten wäre erreicht, die Arbeiter würden zersplittert unter sich im Kampf liegen, und das würde für den Arbeitgeber, den Ausbeuter von höchstem Nutzen

H

X

sein. Diese Zerspaltung muß auf jeden Fall vermieden werden.

Wischke-Berlin II: Es ist hier gesagt worden, es hätten viele Streiks in letzter Zeit stattgefunden, deren unglücklichen Verlauf man hätte voraussehen können. Es haben in Berlin Streiks stattgefunden wegen Maßregelung einzelner Personen, Maßregelungen, welche aus Lohn Differenzen hervorgegangen waren. Da war es allerdings verkehrt, gleich zum Streik zu greifen; man hätte sich begnügen sollen, die Gemäßregelten anderswo unterzubringen oder sie, wenn keine Arbeit vorhanden ist, materiell zu unterstützen. Der Kostenaufwand hierfür ist lange nicht so groß, als wie bei einem Streik, der dann möglicher Weise einen kolossalen Umfang annimmt und Tausende und Abertausende kostet. Nun haben wir in Berlin und anderwärts zu einem Mittel gegriffen, welches, wenn auf guter Basis errichtet, sich bewährt hat und von allen Lokalorganisationen Zustimmung gefunden hat, nämlich eine Streik-Kontrollkommission. Es handelt sich nun darum, womöglich hier von den Parteigenossen eine Erklärung zu erhalten, welche Unterlage einer solchen Kommission zu geben sei, damit diese Kommission nach einem System arbeiten könnte. — Der Referent hat dann auf die Berliner Erfahrungen in Boykotts hingewiesen. Da hat er wohl bloß die Lokalsperre gemeint, in der wir allerdings gesiegt haben. Im vorigen Jahr konnten wir kein größeres Lokal mehr bekommen, da haben wir denn seit April den Boykott über sie verhängt; das hat sich so bewährt, daß man es überall in den größeren Städten ebenso gemacht hat. Daß der Boykott gleichwohl nicht allenthalben eingebracht ist, ist selbstverständlich. In jüngerer Zeit sind Boykotts inscenirt worden, die von vornherein als aussichtslos erscheinen mußten; zweifellos kann diese Waffe sich auch einmal gegen uns kehren. Man hat versucht, wegen Maßregelung einzelner Personen einzelne Geschäftsleute zu boykottiren; das ist unklug und zwecklos. Kommt der Boykottirte dem Drucke nach und stellt den Gemäßregelten wieder ein, wer will ihn zwingen, wenn er den Arbeiter dann nach 14 Tagen wieder entläßt, diesen trotzdem weiter zu beschäftigen? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Beim Hamburger Streik und im vorigen Jahre bei den Berliner Maurern ist es vorgekommen, daß alle diejenigen, die sich während des Lohnkampfes in irgend einer Weise bethätigt hatten, namentlich diejenigen, die auf den Bahnhöfen die zureisenden Fremden von der Arbeitsannahme abzuhalten hatten, einfach von der Polizei verhaftet und ins Gefängniß gesteckt wurden, ohne Untersuchung; in Hamburg ging die Polizei soweit, alle Personen, welche sich nur annähernd auf dem Bahnhofe aufhielten und die sie für Maurer, Tischler, Zimmerleute halten zu dürfen glaubte, einfach beim Stragen zu packen und vom Bahnhof herunter zu trans-

H

portiren, auch wenn sie ein Billet gelöst hätten. Dieses Vorgehen ist nicht blos in Berlin und Hamburg, sondern auch anderswo vorgekommen; es scheint systematisch betrieben worden zu sein und auf einer einheitlichen Anordnung der obersten Behörde zu beruhen. In einer Berliner Versammlung wurde ein Protest dagegen beschlossen und die Fraktion aufgefordert, ihn dem Minister zu unterbreiten, diesen zu befragen, ob er die unteren Organe dahin instruiert habe. Es wäre wohl zu verlangen, daß die Fraktion diese Frage an den Minister richtete. Wenn man sich auch nicht viel davon versprechen kann, so wird doch, wenn man die Parlamentstribüne als ein so wichtiges Agitationsmittel anerkennt, auch diese Anregung Beachtung finden müssen; sie wird den unteren Organen, namentlich der Polizei, einen gewissen Stoß geben.

Beyer-Leipzig: Wir können den gewerkschaftlichen Kampf nur aufnehmen auf Grund der heute bestehenden gewerkschaftlichen Organisation, deshalb müssen wir die gewerkschaftliche Bewegung in vollem Sinne des Wortes unterstützen. Viele Genossen stehen der gewerkschaftlichen Bewegung vollständig fremd gegenüber. Mit ein paar Groschen Beitrag ist es nicht gethan. (Beifall.)

Es ist folgende Resolution eingegangen:  
In Erwägung,

daß durch die fortschreitende wirthschaftliche Entwicklung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt, und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgeseze, ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisiren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.

Glocke-Berlin. Bock-Gotha. Segitz-Nürnberg. Barth-Berlin.  
Stomte-Bielefeld. Bruhns-Bremen. Fritz-Berlin.

Zubeil-Berlin: Ich kann mich mit den Ausführungen des Genossen Klopß nur einverstanden erklären. Die Gewerkschaftsbewegung muß auf das Lebhafteste unterstützt werden, sie wird unsere Zwecke wesentlich fördern. In Bezug auf ernste Lohnkämpfe wird häufig an einen großen Theil der Arbeiter das Ansuchen gestellt, sofort die Stadt zu verlassen. Diese Arbeiter gehen nun in andere Städte und drücken die Löhne noch tiefer hinab. Man sollte die sogenannte Reiseunterstützung mehr und mehr einschränken. Die Unterstützung sollte vielmehr dazu gebraucht werden, daß die Genossen beim Ausbruch eines Lohnkampfes in der Stadt ausbleiben können. Niemand darf den Ort verlassen, der es nicht freiwillig thun will. Die Boykotts sind, zur rechten Zeit und mit

H

den rechten Mitteln angewandt, oft bessere Waffen, als die Streiks. Wenn aber gesagt worden ist, daß in Hamburg und Berlin frivole Forderungen gestellt worden sind, so muß ich das entschieden zurückweisen. In großen Städten wie Hamburg und Berlin, sind 60, 70, 75 Pfg. pro Stunde nicht zu viel. Maurer und Zimmerer namentlich haben einen großen Theil des Jahres nichts zu thun und müssen im Winter Noth leiden. Wenn aber auf einem sozialdemokratischen Parteitag derartige Forderungen unvernünftige genannt werden, dann weiß ich nicht, was wir mit dem Lohnkampf überhaupt anfangen sollen. Selbstverständlich würde diese Aussetzung, wenn sie ins Protokoll kommt, von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Unsere Fraktion muß für ein Vereins- und Versammlungsrecht wirken, welches es ermöglicht, in jeder Stadt eine Organisation zu gründen. In Berlin verfahren die Behörden in dieser Beziehung sehr willkürlich. Während in der Umgegend Berlins überall Zahlstellen eines Verbandes gestattet sind, ist es bis jetzt in Berlin noch nicht gestattet, eine Zahlstelle zu gründen. Dieses Verfahren kann der Parteitag nicht scharf genug verurtheilen. Die lokale Organisation kann das nicht bieten, was eine zentrale Organisation bietet. Ich bitte Sie, in die Resolution auch die Arbeiterinnenvereine aufzunehmen.

Haburg-Potsdam: Die Gewerkschaften haben uns bei der letzten Reichstagswahl große Dienste geleistet. Sie haben überall Geld aufgebracht, um uns den Sieg zu ermöglichen. Gegen Boykotts wider solche Lokalbesitzer, welche ihr Lokal zur Wahl u. s. w. nicht hergeben, läßt sich nichts einwenden. Der Boykott darf aber nicht gegen Geschäftsleute verhängt werden, welche eine andere politische Ueberzeugung haben als wir. Wenn man uns wegen unserer politischen Ueberzeugung maßregelt, so dürfen wir dasselbe Verfahren nicht anwenden, um einen politischen Gegner in seinem Gewerbe zu schädigen.

Wille-Braunschweig: Bei der Form der Organisation müssen wir die thatsächlichen politischen Verhältnisse und die Auslegungen der bestehenden Geseze im Auge behalten. Uebrigens kommt es weniger auf die Form, als auf den Geist an, welcher in der Organisation weht, die wir uns schaffen. Die Ansicht des Genossen Klopß, es könne einer lokalen gewerblichen Vereinigung, z. B. in Braunschweig, gleichgültig sein, ob sich ein ähnlicher Verein in Magdeburg bilde, kann ich nicht theilen. Es ist uns von außerordentlichem Nutzen, wenn rings um uns herum noch recht viele Festungen gegen den Kapitalismus errichtet werden. Der einzelne Verein kann dies zwar nicht veranlassen, es kann aber in einer öffentlichen Versammlung eine Agitationskommission gewählt werden, der es zur Aufgabe gemacht wird, in den umliegenden Ortschaften die Agitation in die Hand zu nehmen. Nach der bisherigen Er-

H



fahrungen, besonders der Metallarbeiter, bietet die lokale Organisation eine geringere Angriffsfläche dar, als die zentrale. Die Zentralisation wird ja hergestellt durch die Gewerkschaftskassen. Was Gewerkschaften ohne Statuten leisten können, hat die Organisation der Töpfer gezeigt. Die Zentralisation hat aber ihre besonderen Gefahren. Wenn man in zentralisierten Gewerkschaften einmal über die Befehle spricht, so gefährdet man den ganzen Verband; wird ein einzelner Verein aufgelöst, so schadet dies nicht so viel. Man sollte es den Einzelnen überlassen, wie sie sich organisieren wollen, es aber Jedem zur moralischen Pflicht machen, sich einer Organisation anzuschließen. Der Hauptzweck dieser Vereine soll zunächst gewerkschaftliche Angelegenheiten sein, und ich habe noch kein Statut gefunden, wo es heißt, es werden nur Sozialdemokraten zugelassen. Ist man dann eine zeitlang zusammen, dann kann ja ein tüchtiger Redner einen lehrreichen Vortrag über ein sozialistisches Thema halten. Was das Abstreifen bei Streiks betrifft, so dürfen wir doch auch nicht übersehen, daß durch die ausgewanderten Genossen oft in anderen Ortschaften ein ganz neu pulstrendes Leben hineingekommen ist. Es sind neue Organisationen entstanden, und es ist auf die faulen Zustände aufmerksam gemacht worden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Zu persönlicher Bemerkung befreit

Stengele-Hamburg die Behauptung von Lenz, daß in Hamburg unvernünftige Forderungen gestellt worden sind.

Das Schlußwort erhält

Grillenberger: Nachdem aus der Versammlung eigentlich Niemand einen gegnerischen Standpunkt gegen die Ausführungen des Referenten eingenommen (Zuruf: wir sind nicht zum Wort gekommen!), kann ich mich kurz fassen. Die gegnerischen Anschauungen würden sich höchstwahrscheinlich nur auf die Form der Organisation bezogen haben; der Parteitag hat Stellung zu nehmen zur Frage der Streiks und Boykotts im Allgemeinen. Wie die Gewerkschaften am zweckmäßigsten zu organisieren sind, wird Sache der demnächst bevorstehenden Gewerkschaftskongressen und der Gewerkschaftskongresse sein. Wir müssen entscheiden, ob die Partei überhaupt befugt ist, Stellung zur Frage der Streiks und Boykotts zu nehmen. Die Partei hat allerdings ein Recht dazu, weil der ökonomische Kampf heute eine andere Gestalt annehmen muß, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes sind die Herren Unternehmer genötigt, auch auf dem ökonomischen Gebiet eine veränderte Front einzunehmen. Früher hatten die Unternehmer das Sozialistengesetz und dessen Anwendung durch die Behörden zur Verfügung. Man schlug seitens der Behörden einfach alles todt, was einigermaßen danach roch, daß die Massen auf gewerkschaftlichem Gebiete organisiert und das Philister-

H

thum in seiner Ruhe gestört werden konnte. Wo das Sozialistengesetz verlagte, stand das Vereinsgesetz zu Gebote, um Körperschaften, sobald sie sich mit sogenannten öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, als politische Vereine zu betrachten, die nicht miteinander in Verbindung treten können. Reichte auch dies nicht aus, so nahm man zu dem Gesetz über das Versicherungswesen seine Zuflucht. Man erklärte einfach solche Vereine, z. B. den Deutschen Buchdrucker-Unterstützungsverein, als Versicherungsgesellschaft (in Bayern) — und verbot sie, weil sie als solche ihre Zulassung in dem betreffenden Bundesstaate nicht nachgesucht hatten.

Jetzt, wo man nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr nach Belieben mit einem polizeilichen Federstrich eine derartige Organisation aus der Welt schaffen kann, jangen neuerdings die Unternehmer an, sich in ähnlicher, aber viel gewichtigerer Weise zu organisieren, wie die Arbeiter seit Jahrzehnten versucht haben. Seit Monaten errichten die Unternehmer allenthalben im Reich, in den verschiedensten Industriezweigen, zentralisierte Verbände, die nicht bloß Angehörige irgend eines einzelnen Fachkreises, sondern ganze Branchen umfassen, Ringe, Verbindungen, die jegliche Arbeiterbewegung durch die Gewalt des Kapitalismus lahmlegen und durch Anwendung der Hungerkur gegen die Arbeiter das Sozialistengesetz ersehen sollen. Demgegenüber fragt es sich eigentlich nur, ob unsere Partei nicht schon längst dazu hätte Stellung nehmen sollen. Es ist allerdings von der weisen Unternehmerpresse und von den Unternehmern selbst vielfach behauptet worden, Streiks und ähnliche Maßregeln der Arbeiter seien nur sozialdemokratische Kampfmittel, um die Unzufriedenheit unter den Massen zu erregen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern, und auf diese Weise die rabiat gewordenen Arbeitermassen der sozialdemokratischen Bewegung in die Arme zu treiben. Jeder, der die Entwicklung unserer Gesellschaft einigermaßen kennt und ehrlieh ist, muß sich sagen, daß das nichts ist als eine elende Verdächtigung. Der Sozialdemokrat ist es niemals eingefallen, Streiks zu dem Zwecke zu provozieren, um Unzufriedenheit zu erregen. Wir haben stets erklärt, Streiks sind eine zweischneidige Waffe, die nur in dem alleräußersten Falle angewendet werden darf. Wir meinen, daß die Organisation der Massen an sich schon eine Waffe ist, gewichtig genug, um vielfach die Unternehmer und ihren Uebermuth in Schach zu halten, daß es sogar in verschwindend wenigen Fällen nothwendig sein wird, zu dem Mittel des Streiks zu greifen. Aber wie die Verhältnisse einmal liegen, und da die Gegensätze sich zuspitzen begommen haben, ist es nothwendig, hier zu erklären, daß die Streiks von uns nicht zurückgewiesen, nicht unterdrückt werden können, daß die Streiks für die Arbeiterklasse eben zur Nothwendigkeit geworden sind und daß bei dem Uebermuth des Unternehmertums die Streiks

15 H

öfter auf der Bildfläche unserer Bewegung erscheinen werden, als uns selbst lieb ist.

Dasselbe ist auch bei den Boykotts der Fall. Nur dürfte in Bezug auf die Anwendung dieses Mittels, das in Deutschland verhältnißmäßig jung ist, noch größere Sorgfalt am Platze sein, als bei der Gutheißung von Streiks. Boykotts zur Beseitigung von Hindernissen, die den Arbeitern hauptsächlich bei Ausübung ihrer politischen Rechte in den Weg gelegt werden, und meistens gerichtet gegen Besitzer großer Lokalitäten, sind von vornherein gut zu heißen, zumal in solchen Fällen, wo in ganz besonders brutaler Weise das Unternehmertum glaubt, sein Uebergewicht zeigen zu können. Die Boykott aber in allen den Fällen, wo es sich um eine kleine Differenz zwischen Unternehmer und Arbeitern handelt, gleichsam als ständige Institution in's ganze gesellschaftliche Leben zu übertragen, wäre das Gefährlichste, was seitens der Arbeiterbevölkerung überhaupt geschehen könnte. Man hat der Fraktion in Bezug auf den 1. Mai vorgeworfen, daß ihr Erlaß zu spät oder überhaupt ergangen sei. Man hat also die Fraktion für die Mißerfolge des 1. Mai verantwortlich machen wollen. Ich verweise Sie auf einen Mißerfolg auf dem Gebiet des Boykott, wo die Fraktion keinerlei Einfluß gehabt hat. Ich meine den großen Bierboykott in Berlin, von dem sich die Parteigenossen außerhalb Berlins sofort gesagt haben, daß derselbe nie und nimmer zu einem glücklichen Erfolge führen könnte, weil es ein Unding war, sämtliche Aktiengesellschaften boykottieren zu wollen, bloß um sie zur Schlichtung einer untergeordneten Differenz mit ihren Brauergesellen zu bringen. An dem ist die Fraktion vollständig unschuldig gewesen. Wir können als Partei Streiks und Boykotts umso mehr als berechtigt anerkennen, weil die Maßregeln der Unternehmer von den gesamten politischen Parteien unserer Gegner unterstützt oder doch als berechtigt hingestellt werden. In den Presseorganen dieser Parteien, mögen es Deutsch-Freisinnige, Nationalliberale oder Konservative sein, wird unausgesetzt gegen die Arbeiterverbindungen gehetzt. Dazu kommt noch, daß die nationalliberale Partei auch in Bezug auf die Handhabung der Maßregelungen gegenüber den Arbeitern am gehäßigsten vorzugehen pflegt. Gegenüber den buntschichtigen, aber äußerst gefährlichen Mitteln der Unternehmer haben wir nichts, als das Gefühl der Solidarität und die Möglichkeit der Zusammenfassung der großen Massen. Wenn heute ein Streik inszeniert wird und Jemand die indifferenten oder nur mit halber Seele theilnehmenden Genossen auffordert, sich doch dem Streik anzuschließen, und wenn er dabei nur irgend annähernd die Grenzen des „Zulässigen“ überschreitet, so wird er sofort wegen sogenannter Verurserklärung in's Gefängnis gesteckt. Das ist in der letzten Zeit zu einer wahren Kalamität geworden. Sobald ein Arbeiter

H

seinen Kollegen zur Innehaltung des Koalitionsrechts u. s. w. zu veranlassen sucht, wird er in's Gefängnis gesteckt. Wenn aber die Unternehmer sich zusammenthun, um die Arbeiter daran zu hindern, das Koalitionsrecht auszuüben, so ist noch niemals die Polizei oder eine sonstige Behörde gegen das Unternehmertum aufgetreten. In Sachsen, dem reaktionärsten Lande Deutschlands, hat man dem Boykott gar den „groben Unfugparagrafen“ entgegengestellt. Ein sehr beliebtes Mittel der Verurserklärungen von Seiten der Fabrikanten, sind die schwarzen Listen. Es werden Briefe verfaßt, in welchen darauf aufmerksam gemacht wird, dieser oder jener Arbeiter war bei mir am Streik theilhaftig. Diese Briefe enthalten nicht bloß die schwerste Verurserklärung, sondern zugleich eine Boykottirung, und doch wird gegen diese Fabrikanten nicht vorgegangen. Andererseits hat man neuerdings entdeckt, daß in dem Gebiet des preussischen Landrechts Streiks, wenn sie ohne Einhaltung der Kündigungsfrist inszeniert sind, verfolgt werden können auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches wegen „Ungehorsam!“ Wenn dagegen Unternehmer zusammentreten, um bei Arbeitsstörungen, oder lediglich deshalb, um die Preislage der Produkte in die Höhe zu treiben, für längere Zeit ihre Establishments sperren und deshalb ihre Arbeiter ohne Kündigung auf die Straße setzen, oder wenn in Fabriken, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, die Akkordlöhne verkürzt werden, so hat man nicht gehört, daß gegen sie der § 110 angewandt, oder daß gegen letzteres Verfahren auch nur einmal die Untersuchung wegen Unterschlagung des verdienten Arbeitslohnes eingeleitet worden wäre. Das Schönste aber auf diesem Gebiet ist unzweifelhaft das, was das Landgericht der Freien Reichs- und Hansestadt Lübeck fertiggebracht hat. Dort haben Arbeiter am 20. Februar erklärt, sie seien nicht geneigt, an diesem Tage zu arbeiten. Darauf wurde ihnen erklärt, wenn Ihr nicht arbeitet, braucht Ihr auch am Freitag und Samstag nicht zu kommen. Die gemahregelten Arbeiter wandten sich an ihren Fachverein und dieser setzte sich mit dem Unternehmer in Verbindung und erklärte: Wenn Sie den betreffenden Arbeitern nicht den Lohn für die zwei Tage bezahlen, so werden wir diese Arbeiter als gemahregelt betrachten und sie aus unserer Vereinsklasse unterstützen. Die beim Untersuchungsrichter geküßerte Ansicht des Unternehmers, die Vertreter des Fachvereins hätten mit Streik direkt gedroht, wurde vom Unternehmer selbst nicht mehr aufrecht erhalten, vom Gerichtshof aber als richtige Version angesehen, und darauf wurden die Vertreter des Fachvereins, die den Fabrikanten auf diese Weise gezwungen hatten, seine Arbeiter zu bezahlen, verurtheilt, der eine zu sechs, der andere zu drei Monaten Gefängnis wegen des Vergehens der Erpressung. (Aufe: Hört, Hört!) Was sagen Sie aber dazu, daß vor Kurzem dieses Urtheil, das man allgemein für

15\*H

unmöglich gehalten hat, vom Reichsgericht sanktionirt worden ist! (Erneute Zurufe.) Demgegenüber gilt es nicht mehr einer Gewerkschaftsbewegung anzuhängen, die vielfach nur eine Art Vereinspielerei gewesen ist, eine Zwergorganisation, sondern es gilt, die Massen zu organisiren, die Arbeiterklasse als solche in den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Die Gewerkschaften müssen großartige Dimensionen annehmen, wenn dem Vorgehen des Unternehmertums mit einigem Erfolg entgegengetreten werden soll. Selbst dann, wenn die Massen in gemaltig großen Organisationen zusammengefaßt werden, hat das Unternehmertum übermächtige Vortheile in Folge des großen Geldbestandes. Das Einzige, was die Arbeiter gegenüber den Unternehmern noch einigermaßen zu schätzen vermag, ist, daß bei gewissen Differenzen die sogenannte Einigkeit derselben regelmäßig nicht lange Stand zu halten pflegt; der Konkurrenzneid ist nicht selten der Bundesgenosse der organisirten Arbeiter. Aber im Großen und Ganzen wird nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Unternehmertum sich hauptsächlich auf das Gebiet des Lohnkampfes werfen, und deshalb haben die Arbeiter alle Ursache, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Es handelt sich dabei nicht bloß um zentralisirte Verbände im gewöhnlichen Sinne, sondern um große Unionen, ähnlich wie sie in England groß gezogen sind. Die speziellen Organisationen der einzelnen Fächer können ruhig innerhalb der großen Union existiren. Aber es müssen sämtliche Fächer einer Branche zusammengefaßt werden, so das Sauggewerbe zc.

Der Vorwurf, daß in den großen Städten mitunter unberechtigte oder unvernünftige Forderungen von den Arbeitern erhoben werden, ist bereits zurückgewiesen worden. Es ist aber doch infotern ein Fehler gemacht worden, als man sich mit dem Vorgehen auf gewerkschaftlichem Gebiet allzu sehr in die großen Städte und Industriezentren zurückgezogen hat. Es kann unmöglich eine gedeihliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung stattfinden, wenn in den großen Städten, in irgend einer beliebigen Branche, bereits für den neunstündigen oder achtsündigen Arbeitstag agitirt wird, während in den Provinzialstädten in derselben Branche noch bis zu 16 Stunden täglich gearbeitet werden muß. Hier muß ein Ausgleich herbeigeführt werden. Jetzt, wo wir in eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges eingetreten sind, wo also überhaupt an Angriffsstreiks nicht gedacht werden kann, sondern wo hauptsächlich daran gedacht werden muß, zur Abwehr sich zu vereinigen, müssen wir Organisationen schaffen, um für die Zukunft widerstandsfähig zu sein. Es muß jetzt auf die Agitation in den Provinzen und auf dem flachen Lande das Hauptgewicht gelegt werden, und es müssen diejenigen Genossen draußen, die stets treu zur Sache gehalten haben, aber noch unter dem Druck einer unmenschlich langen Arbeitszeit stehen

H

und allein nicht im Stande sind, etwas zu leisten, besser unterstützt werden. Namentlich muß das Augenmerk darauf gerichtet werden, einen annähernden Ausgleich auf diesem Gebiet herbeizuführen. Das Land und die kleinen Städte müssen auch ihren Theil haben an den bisherigen Errungenschaften des Lohnkampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung. Unterstützen Sie diese Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung, so weit dies nur in Ihren Kräften liegt. Deshalb empfehle ich, unsere Resolution nicht nur einstimmig anzunehmen, sondern nach Kräften auch danach zu handeln, wenn Sie wieder nach Hause kommen. (Lebhaftes Bravo!)

Die Resolution Klopff-Grillenberger wird einstimmig angenommen, ebenso auch die Resolution Glocke.

Es würde nunmehr in der Reihenfolge der Berathungsgegenstände der letzte Punkt der Tagesordnung: „Anträge aus der Mitte des Parteitag“ zur Verhandlung kommen müssen. Da aber die betreffenden Anträge erst nach Gruppen zusammengestellt, gedruckt und vertheilt werden sollen, so schlägt der Vorsitzende vor, die Sitzung abubrechen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schluß nach 6 Uhr.

## Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 17. Oktober 1890.

### Vormittagsjitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr mit folgender Mittheilung:

Es ist dem Parteitag eine Adresse zugegangen von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Leseklubs „Eiffing“ in Berlin. (Bravo!) Ich werde die Adresse ausnahmsweise zur Verlesung bringen. Sie lautet:

„Dem ersten Arbeiterparlament der deutschen Sozialdemokratie auf deutschem Boden, den Vertretern der völkerebefreundenden Sozialdemokratie unseren herzlichsten Brudergruß!

„Gleichzeitig geben wir dem Wunsche Ausdruck, daß die Beschlüsse des Kongresses einen bedeutenden Fortschritt bilden mögen in den berechtigten Bestrebungen der Proletarier aller Länder.

„Indem wir den großen kulturgeschichtlichen Moment eines derartigen Kongresses zu würdigen wissen, erkennen wir dessen Einfluß auf die gesammten Emanzipationsbestrebungen des Proletariats, das stolze Bewußtsein sieghaften Vordringens und die Bedeckung und Verallgemeinerung des internationalen Solidaritätsgeföhls.

H

„Darum vorwärts im zielbewußten Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!“

Die Mitglieder des sozialistischen Leseklubs „Lefling“.

Indem ich Namens des Parteitag's den Absendern der Adresse den wärmsten Dank ausspreche, beantrage ich, diese schön ausgestattete Adresse den Halle'schen Genossen zum dauernden Andenken an diesen Parteitag zu überweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist der Parteitag einverstanden. Ich ersuche das Lokalkomitee, die Adresse hier in Empfang zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Schönfeld-Dresden, daß seine neuliche Behauptung bezüglich der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, soweit seine Informationen reichen, richtig sei. Sollte er sich geirrt haben, so nähme er keinen Anstand, seine Behauptung zurückzunehmen.

Höppner glaubt, daß die übrigen Dresdener Genossen durch diese Erklärung befriedigt sein werden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Punkt 7:

### Die Parteipresse.

Hierzu hat B. Diefländer-Potsdam-Dithavelland folgenden Antrag gestellt:

„Da die Presse das mächtigste Kampfmittel in Händen der Partei ist und in Erwägung, daß es heiligste Pflicht der Partei sein muß, dieses Kampfmittel bis zur äußersten Grenze anzuwenden und auszunutzen, spricht sich der Parteitag dafür aus, daß zur Herstellung des event. Zentral-Organs und aller von der Parteileitung ausgehenden Schriften eine eigene Druckerei errichtet werde, damit der gesammte, aus Herstellung dieser Preßerzeugnisse resultirende Reinertrag wiederum für Parteizwecke zur Verwendung gelangen kann.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Diefländer:

„Ein etwaiger Kontrakt mit einem Drucker betreffs Herstellung eines von der Parteileitung herausgegebenen Zentralorgans und anderer Druckschriften darf nur bis zum nächsten Parteitag abgeschlossen werden.“

Der Antragsteller hat beide Anträge zurückgezogen.

Es liegt nur noch ein Antrag der Gubenener Genossen vor.

Es wird beantragt, daß die gesammte sozialdemokratische Presse Eigentum der Partei sei.

Eine Reihe anderer auf die Presse bezüglicher Anträge wird bei den allgemeinen Anträgen aus der Mitte des Parteitages behandelt werden.

Berichterflatter Auer: Ueber unsere Parteipresse, insonderheit die Lokalpresse (denn über das Zentralorgan entscheidet ja bis zu

H

einem gewissen Grade bereits unser Organisationsstatut) herrschen noch wenig klare Anschauungen. Das zeigt der Antrag Guben, der bereits die Expropriation des gesammten Preßeigentums beschließen will. Ein solcher Antrag ist einfach unannehmbar. Die Lokalpresse muß sich von der Zentralpresse vor allem darin unterscheiden, daß der Haupteinfluß auf dieselbe den Parteigenossen am Ort, bezw. der Provinz und dem Kreise zusteht, für den das Blatt selber erscheint, während die Zentralorgane ausschließlich für die Gesamtpartei vorhanden sind. Man erhebt nur gar zu leicht den Anspruch, daß die Mittel der gesammten Partei unter Umständen für ein einzelnes Lokalorgan zur Verfügung stehen sollen. Ging doch neulich ein Aufruf durch die Presse, behufs Errichtung einer Druckerei an einem bestimmten Orte Deutschlands die gesammte Partei in Aktion zu setzen! Das ist eine absolut falsche Auffassung. Die Parteiorgane müssen getragen werden durch den Kreis, für den sie bestimmt sind (Sehr richtig!), und das hier recht präzis auszusprechen, war mit einer der Gründe, warum wir den Gegenstand überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Daß im Uebrigen die Lokalorgane der Partei zu dienen haben, dem Gesamtinteresse, daß sie in Bezug auf taktische und prinzipielle Fragen sich der Ordnung und Disziplin anzuordnen, zu fügen haben, ist selbstverständlich. Es ist aber unmöglich, die Lokalpresse gewissermaßen zu uniformiren. Die Lokalpresse muß der Verschiedenartigkeit der verschiedenen Gegenden Rechnung tragen. Es kann also garnicht davon die Rede sein, daß man der Lokalpresse gewissermaßen von oben herab eine Direktion giebt in dem Sinne, daß man sich in die Einzelheiten hineinmischt. Die Genossen der betreffenden Orte und Bezirke sollen sowohl in materieller Beziehung für ihr Lokalblatt aufkommen, als auch die geistige Leitung desselben soweit wie möglich in der Hand haben. Selbstverständlich geht es nicht, daß ein einzelnes Organ erklärt, was kümmern wir uns um die Beschlüsse des Parteitages, um unser Programm, um unsere Organisation! Die taktische Ausführung und Vertretung der allgemeinen Parteigrundsätze dagegen kann den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. Alles, was ich Ihnen zu sagen hätte, erschöpft folgende Resolution, die wir Ihnen zur Annahme empfehlen:

„Der Parteitag beschließt:

In Erwägung: daß die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel ist;

in weiterer Erwägung: daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende nicht-parteiensässliche Einfluß von ihr fern gehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

H